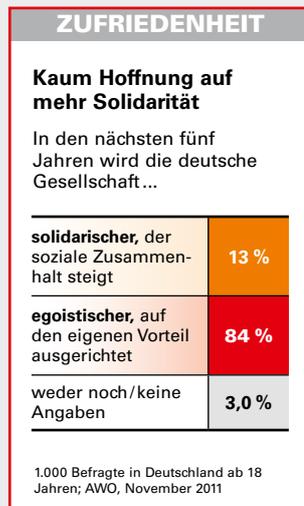
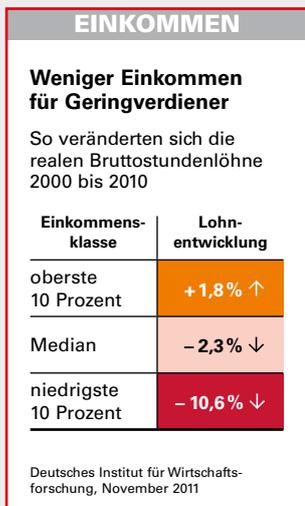
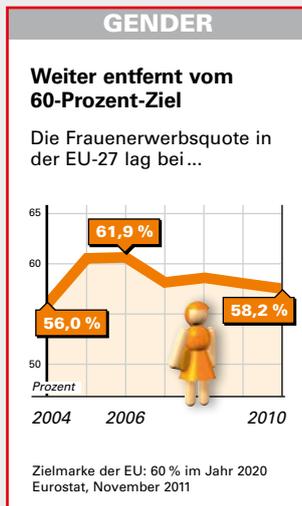
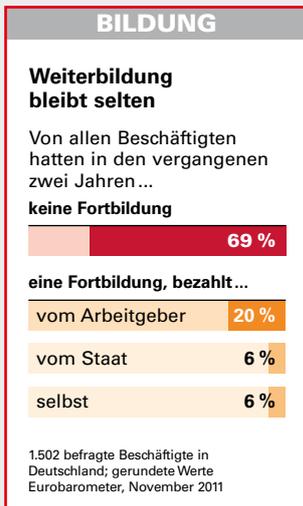


**Herausgeberin:** Hans-Böckler-Stiftung  
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0  
**Verantwortlicher Geschäftsführer:** Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);  
**Chefredaktion:** Rainer Jung (i.V.); **Redaktion:** Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher;  
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286,  
 Fax 02 11 / 77 78-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,  
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

**Weiter im Netz:** Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

**TrendTableau**



► **EINKOMMEN:** Die Ungleichheit in Deutschland hat sich in den vergangenen 15 Jahren deutlich verschärft. Nach Berechnungen der OECD verfügten die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung im Jahr 2008 über Einkünfte, die achtmal so hoch waren wie die der ärmsten Bevölkerungsschicht. Mitte der 1990er-Jahre lag das Verhältnis noch bei sechs zu eins.

Die wachsende Ungleichheit führt die OECD auf mehrere Faktoren zurück: Hochqualifizierte profitieren von stabilen Beschäftigungsverhältnissen und steigenden Einkommen, Geringqualifizierte finden immer weniger Arbeit. Auch die Zunahme der Teilzeitarbeit und die wachsende Bedeutung von Kapitaleinkünften für die Einkommen von Besserverdienern tragen laut OECD

zur Polarisierung bei. Zudem verteile das Steuer- und Sozialsystem weniger um. OECD, Dezember 2011

► **DEMOKRATIE:** Die große Mehrheit der Wahlberechtigten wünscht eine stärkere direkte politische Beteiligung. In einer Umfrage sprachen sich knapp drei Viertel generell für mehr Volksentscheide aus – obwohl nur 54 Prozent

der Ansicht sind, dass Volksabstimmungen „meistens zu klügeren und besseren“ Entscheidungen führen als der parlamentarische Prozess. Eine direkte Beteiligung hatten 70 Prozent der Befragten insbesondere bei Projekten wie „Stuttgart 21“ für sinnvoll. 51 Prozent wünschen sich ein Plebiszit über Fragen, die den Euro bzw. die EU betreffen. Infratest Dimap, Dezember 2011